

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insektionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Fernsprecher Nr. 210.

Nr. 11.

54. Jahrgang.
Donnerstag, den 24. Januar

1907.

Die für die bevorstehenden Reichstagswahlen ernannten Wahlkommissare sind vom Ministerium angewiesen worden, auch schon das vorläufige Wahlergebnis unverzüglich telegraphisch zu melden.

Um hierzu in der Lage zu sein, muß ihnen aus allen Wahlbezirken ihres Wahlkreises — nicht etwa bloß aus denjenigen Wahlbezirken, die zu ihrem politischen Verwaltungsbezirk gehören — das vorläufig ermittelte Wahlergebnis mitgeteilt werden.

Zu diesem Zwecke ist den amtlichen Erfuchen der Wahlkommissare nicht bloß seitens

der Wahlvorsteher, sondern seitens aller zum Wahlkreise gehörigen Verwaltungsbehörden zu entsprechen.

Dresden, am 19. Januar 1907.

Ministerium des Innern.

Nr. 236 der Schankstättenverbotsliste ist zu streichen.

Stadttrat Eibenstock, den 22. Januar 1907.

Hoffe.

Art.

Wählen ist nicht bloß das Recht, sondern auch die patriotische Pflicht eines jeden Staatsbürgers. Wer diese Pflicht verläßt und ohne ausreichenden Grund von der Wahlurne fernbleibt, der verläßt sich am Vaterland und verdirbt seinen Anspruch auf volle bürgerliche Achtung.

Auf, zur Wahl!

Die Entscheidung, der die Rüstungen und Werbungen der letzten Wochen im Deutschen Reich galt, ist nahe herangekommen; nur eine kurze Spanne trennt uns vom 25. Januar, von dem Tage, wo die Würfel im Wahlkampf fallen, von dessen Ergebnissen die Geschicke unserer Nation wesentlich mit abhängen sollen. Noch einmal hat jeder wahlberechtigte Deutsche zusammenfassend zu prüfen, was alles im Verlaufe der Wahlbewegung geschehen ist, um seinen Willen zu beeinflussen und den Entschluß zu fassen, wie er an diesem Freitage seine höchste staatsbürgerliche Pflicht ausüben soll. Schwer kann dieser Entschluß für den nicht fallen, der, wenn er auch zuweilen gegrollt, gemurrt und genörgelt hat, doch in dem Augenblicke, wo er handeln soll, kein anderes Wohl kennt als das des Vaterlandes.

Niemals lauter und verführerischer als in der Zeit des Wahlkampfes lockt und böhlt die Stimme Lolis, vor der Bismarck einst eindringlich gewarnt hat, die Stimme jenes bösen Geistes, der den Wähler Hödur, der die Tragweite der Dinge nicht beurteilen kann, verleitet, daß er das eigene Vaterland erschlage. Was ist alles wochenlang gesprochen und geschrieen worden, um die deutsche Volkseele zu verderben, die deutsche Ehrlichkeit zu beugen, die deutsche Treue zu brechen! Es wurde geschmeichelt und gedroht, gefälscht und verleumdert, geschürt und gewöhlt, um in den Wählern die Reime und Kräfte zu tilgen, die im vaterländischen Boden wurzeln, um aus des Menschen Brust zu reißen das Beste und Edelste, das Teuerste und Heiligste, das zur Treue an der Nation und deren Gütern und Errungenschaften bindet und verpflichtet!

Bei dem Wahlkampf handelt es sich — das kann nicht oft genug betont werden — nicht um die Bewilligung der 29 Millionen Mark, es steht mehr auf dem Spiele. Es handelt sich darum, ob das deutsche Reich den mit dem teuern Blut seiner Söhne erkaufen Kolonialbesitz aufgeben, ja ob es auf seine Stellung als Weltmacht verzichten soll, weil eine verblendete Reichstagsmehrheit für die nationale Ehre kein Verständnis gezeigt hat. Ist der neue Reichstag von demselben Geiste erfüllt wie der aufgelöste, dann ist unser Vaterland auf dem Wege, wieder zum Gespött des Auslandes zu werden, wie es in den Zeiten der Ohnmacht und Zerissenheit der Fall war. Welcher gute Deutsche will dazu seine Hand bieten!

Darum: Auf zur Wahl! Niemand bleibe an diese Freitage gleichgültig daheim! Jeder gebe seine Stimme ab und suche säumige Wähler heranzuziehen! Und noch eins: Gehe jeder so früh wie möglich zur Wahlurne, damit noch Zeit genug übrig bleibe, Freunde und Bekannte dazu aufzumuntern, ebenfalls der Wahlpflicht zu genügen. Wenn auf diese Weise jeder Vaterlandsfreund seine Schuldigkeit tut, dann wird ein Reichstag aus der Urne hervorgehen, der dem deutschen Namen keine Schande macht!

**Hoch das Banner der ruhmreichen deutschen Vergangenheit!
Hinein in eine ehrenvolle Zukunft!
Mit Gott für Kaiser und Reich!**

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Reichskanzler Fürst Bülow hielt bei dem vom kolonialpolitischen Aktionskomitee in Berlin veranstalteten Essen eine bedeutsame Rede, in der er die Gründe für die Auflösung des Reichstages und die Forderungen des Tages darlegte. Nach der Haltung der Mehrheit im Reichstage sei der Regierung nichts übrig geblieben, als an das Volk zu appellieren. Die Behauptung des Zentrums und der Sozialdemokratie, das Budgetrecht des Reichstages sei verletzt, Volksrechte seien in Gefahr, sei

nur eine Irreführung der Wähler über die Gründe der Reichstagsauflösung, ebenso wie die Redensart von der Gefahr des Absolutismus. Der Kaiser habe bei der Auflösung des Reichstages nichts anderes getan, als daß er den Rat des Reichskanzlers und den Vorschlag des Bundesrats gutgeheißen hat, von einem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch zu machen. Nächstes Ziel sei, eine Mehrheit von Konservativen und Liberalen zu schaffen und dem Zentrum die Möglichkeit zu nehmen, an der Seite der grundsätzlich auf Dissonanzen bedachten Sozialdemokratie zum Schaden des Vaterlandes Machtpolitik zu treiben gegen die verbündeten Regierungen und gegen alle anderen Parteien. Ein Reichstag, dessen Mehrheit in nationalen Fragen nicht versagt — das sei die Forderung des Tages. Wer dieser Ueberzeugung sei, der solle ihr nachfolgen und nicht warten auf Anerkennungen und Versprechungen für die Zukunft, sondern sei Mannes genug, sich selber Geltung zu verschaffen. Der Reichskanzler schloß seine von anhaltendem Beifall begleitete Rede mit der Mahnung: „Mögen so wie Sie hier, meine Herren, alle nationalen Elemente von der konservativen Rechten bis zur fortschrittlichen Linken ohne Ansehen der Religion bei den Wahlen ihre Sonderinteressen zurückstellen hinter die nationale Pflicht und Schuldbiligkeit!“

— Der Wahlkampf im Wahlkreise Hirschberg hat zu einer Besprechung der Bebel'schen Erbschaft und zu einem Briefwechsel zwischen Bebel und dem seitherigen Abg. Dr. Abt geführt. Da die Sozialdemokratie auch in diesem Wahlkampf abstreitet, daß verschiedene ihrer Führer selbst Kapitalisten sind, so sei hier widergegeben, was Bebel unterm 4. Januar 1907 aus Schöneberg-Berlin an Rechtsanwalt Abt schriftlich schreibt: „Ich habe von den 395 000 Mk., die ich erbe, 132 000 Mk. an die Verwandten des Erblassers, soweit sie erbtet waren, abgegeben, obgleich das Gericht zu meinen Gunsten entschieden hatte, 45 000 Mk. gab ich an die Partei, 20 000 Mk. an hilfsbedürftige Genossen und Bekannte ufm. Auch die vielgerühmte Villa ist längst mit Schaden verkauft, weil ich sie verkaufen mußte. Nebenbei bemerkt war diese Villa ein Wirtschaftshaus.“ — Bebel hat, um den Rechtsstreit nicht bis in die letzte Instanz fortzuführen, die ererbten Verwandten des Erblassers entschädigt, von dem Rest an Parteigenossen und Bekannte nach seiner Erklärung zusammen 65 000 Mk. abgegeben, er behielt also für sich nach Abzug der Erbschaftsteuer und Anwaltskosten 167 000 Mk. Also 65 000 der Partei, 167 000 Mk. für sich. Gegen diese Art der Teilung ist vom kapitalistischen Standpunkte aus nichts einzuwenden, vom sozialistischen aber heißt das: Die Theorie wird in die Praxis nicht umgesetzt. Wer übrigens nach dem Briefe Bebel's der Meinung sein sollte, diese Villa sei eine armselige Kneipe, der mag daran erinnern werden, daß dieses Besitztum zu 140 000 Franken = 112 000 Mk. Verkaufspreis öffentlich ausbezogen war. Selbst wenn also der Verkauf, wie Bebel sagt, Schaden gebracht hat, so bleibt doch immer noch ein hübsches Stümchen für den Führer der „Enterbten“. Diese beiden kapitalistischen Objekte stellen also sicherlich über eine Viertelmillion Mark dar. Bebel ist und bleibt also im Sinne des Wortes: Kapitalist!

— Die Sozialdemokraten haben, wie der „Vorwärts“ stolz verkündet, zur Reichstagswahl 340 Kandidaten, aufgestellt. Die freisinnig-demokratischen Parteien haben es nach der Angabe des Berliner Tageblattes auf 169 Kandidaturen gebracht. Von den Nationalliberalen stehen rund 150 Mandatbewerber in der Wahlbewegung. Die konservative Partei hat sich auf die Aufstellung von rund 100 Kandidaten beschränkt. Die Zahl der Kandidaten der Reichspartei ist uns unbekannt, sie dürfte aber sich auf 40 bis 50 belaufen. Rechnet man die Kandidaten der kleineren Gruppen hinzu und bedenkt man, daß die Zentrumspartei, die diesmal wieder mit einer Menge von Jährländkandidaturen operiert, kaum unter 250 Kandidaten nominert hat, so ergibt sich, daß auch bei diesen Wahlen weit über tausend Kandidaten miteinander im Wettbewerbf stehen.

— Der Diskont der Reichsbank ist am Dienstag um 1 pCt. auf 6 pCt., der Lombardzinsfuß gegen Verpfändung von Effekten von 8 auf 7 herabgesetzt worden.

— Spanien. In Madrid fanden erregte Kundgebungen gegen die drückende Brotverteuerung statt; die Volksmenge stürmte und plünderte viele Bäckereien. An vielen Stellen kam es zu Tumulten; zahlreiche Personen wurden verwundet.

Lokale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 21. Januar. Durch Verordnung vom 10. bis Mon. hat das königliche Ministerium des Innern die abgeänderten Bauvorschriften für die Nordstraße samt Bebauungsplan genehmigt. Die Regulativänderung wurde bereits im Mai 1904 eingeleitet, sie zog sich aber durch vielfache Verhandlungen mit den Beteiligten, insbesondere auch mit Behörden, deren Interessen berührt wurden, sehr in die Länge.

— Eibenstock. Anlässlich der Wahlen zum deutschen Reichstag hält in der Nacht vom 25. zum 26. Januar das hiesige Postamt außer der bereits bestehenden Telegraphendienstbereitschaft bis 1 Uhr Nachts erweiterten Fernsprech-Vermittlungsdienst bis Mitternacht ab. Für jede Gesprächsverbindung im Orte nach 9 Uhr Abends werden 20 Pf. erhoben.

— Schönheide, 19. Januar. In den hiesigen Rathauslokalitäten fand gestern Abend eine vom Wahlkomitee der vereinigten reichstreuen Parteien von Schönheide und Umgegend veranstaltete Feier der Reichsgründung statt. Mit einer kernigen Ansprache eröffnete der Vorsitzende des Komitees, Herr Schuldirektor Grohmann, die Feier. Hierauf hielt Herr Dr. med. Wolff, welcher Jahre lang als Schiffsarzt tätig war und in dieser Eigenschaft wiederholt Gelegenheit fand, in unieren afrikanischen Kolonien zu weilen, einen hochinteressanten Vortrag über diese. Ferner sprach im Namen der hiesigen Militärvereine der Vorsitzende des Rgl. Sächs. Militärvereins „1898“ Schönheide, Herr Lehrer Plath, welcher in markanten Worten die gebietenden Soldaten kurz vor der bevorstehenden Reichstagswahl an ihren Fahnenid erinnerte. Gefangensvorträge, ausgeführt von den beiden Gefangenen „Lieberkranz“ und „Männergefängnisverein“, sowie komische Vorträge umrahmten die glänzend verlaufene Feier. Eine für den hiesigen Bismarckfond veranstaltete Sammlung ergab den ansehnlichen Betrag von über 52 M.

— Schönheide, 20. Januar. Der seit ca. 21 Wochen dauernde Streik der hiesigen Bürstenfabrikarbeiter und Arbeiterinnen scheint seinem Ende entgegen zu gehen. In der Situation ist jetzt eine bedeutende Wendung zum Besseren eingetreten. Die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma: Sächsische Kardätschen-, Bürsten- und Pinsel-fabrik G. Flemming und Comp. haben am Sonnabend, nachdem die Verhandlungen mit ihren Arbeitgebern günstig verlaufen sind, beschlossen, die Arbeit im vollen Umfang wieder aufzunehmen. Diefem Beispiel schlossen sich die Streikenden von drei weiteren Bürstenfabriken an. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der anderen Bürstenfabriken bleiben noch im Streik, doch dürften auch hier erneut unternommene Verhandlungen voraussichtlich bald zum Frieden führen.

— Schönheide. Mittwoch haben hier mehrere Bürstenfabriken ihren vollen Betrieb wieder aufgenommen, indem die streikenden Arbeiter wieder in ihr früheres Arbeitsverhältnis eingetreten sind. In versch. Branchen sind den Arbeitern entsprechende Lohnerhöhungen bewilligt worden. Andere Firmen sollen nächste Woche folgen. Hoffentlich kommen die noch schwebenden Unterhandlungen zu einem befriedigenden Abschluss. Damit hätte der Streik, welcher 21 Wochen anhielt, sein Ende erreicht, was natürlich von der ganzen Bevölkerung mit Freuden begrüßt wird.

— Schönheide. Am vergangenen Montage nahm der Reichstagskandidat Herr Dr. Stresemann Gelegenheit, sich auch in unserm Orte seinen Wählern vorzustellen und ihnen sein Programm zu entwickeln. Die Versammlung war von Seiten der Ordnungsparteien wie der Sozialdemokraten außerordentlich stark besucht, ein gutes Zeichen für das Herr Dr. Stresemann und seiner Kandidatur entgegengebrachte lebhaftes, wenngleich auf Seiten der Sozialdemokratie negative Interesse. Wohl selten ist eine Wählerversammlung herrlicher verlaufen als diese. Wohl selten hat eine atemlose Menge von doch so verschiedenen Interessenrichtungen mit größerer und wärmerer Aufmerksamkeit einem geistvolleren, vielseitigeren, von so außerordentlich gediegener wirtschaftlicher wie politischer Durchbildung des Redners zugehört, in hinreißend schöner, edler Sprache gehaltenen und von so echter, wahrer großer Begeisterung fürs Vaterland und dessen Wohl getragenem Vortrage gelauscht; und wohl selten hat ein Redner so Herr Dr. Stresemann an diesem Abende. Auch seine überzeugende, streng sachliche Rechtfertigung gegen die sozialdemokratische